

# Evangelische Verantwortung

## „Der Mittelstand gehört ins Zentrum der Wirtschaftspolitik“

Dagmar Wöhrl

Kaum ein Steuererhöhungsvorschlag, der in den letzten Wochen und Monaten nicht diskutiert oder beschlossen worden wäre – ob Verschärfungen bei der Ökosteuern, ob Mindeststeuer, ob höhere Spekulations- oder Körperschaftssteuern, ob Wiederaufhebung der Vermögensteuer, ob höhere Abgaben auf Hundefutter, Zahnersatz oder Schnittblumen, auf Dienstwagen oder Auslandsflüge. Ein gigantisches Steuererhöhungsprogramm soll notdürftig die riesigen Haushaltslöcher stopfen.

Doch höhere Steuern und Abgaben schaden der Konjunktur, verschrecken Unternehmen und vernichten Jobs. Das verheerende Ergebnis dieser Steuererhöhungssorgie: Eine Pleitewelle im Mittelstand ungeahnten Ausmaßes überrollt das Land. Allen voran der Einzelhandel, das Handwerk und der Bau kämpfen ums nackte Überleben.

Die neuesten Insolvenzzahlen des statistischen Bundesamtes lassen die Alarmglocken schrill erklingen. Ein 25-Prozent-Zuwachs der Insolvenzen allein im September 2002! Bereits 28.129 neue Firmenpleiten in den ersten neun Monaten 2002 bedeuten zerstörte Existenzen, verlorene Arbeitsplätze und Resignation vieler Unternehmer. Über eine



„Es ist höchste Zeit, das Trauerspiel der rot-grünen Mittelstandspolitik zu beenden.“

halbe Million Menschen werden durch den neuen Pleitenrekord ihren Arbeitsplatz verlieren.

### Krisenbild der deutschen Wirtschaft

Dass gleichzeitig die Gewerbebeanmeldungen auf 550.000 zurückgehen und die Gewerbeabmeldungen auf 477.000 in den ersten drei Quartalen zunehmen, vervollständigt das Krisenbild der deutschen Wirtschaft.

Viele Betriebe leben momentan von der Substanz. Es ist alarmierend, dass fast ein Drittel der mittelständischen Betriebe ohne jeden Gewinn arbeitet und mehr als die Hälfte der kleineren Mittelständler mit einem Jahresumsatz von 5 Millionen Euro überhaupt kein Eigenkapital mehr hat. Die steigende Steuer- und Abgabenlast entzieht den kleinen und mittelständischen Unternehmen noch mehr Liquidität und schwächt ihre auch so schon schwindsüchtige Eigenkapitalbasis.

Dabei geht es um das Herz der deutschen Wirtschaft – die kleinen und mittleren Betriebe, die 99,6 Prozent der 3,3 Millionen deutschen Unternehmen umfassen, mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze stellen und knapp die Hälfte des Gesamtumsatzes und der Investitionen der Wirtschaft vereinen. Anders als Großkonzerne sind mittelständische Unternehmen in vielen Fällen Familienbetriebe und werden zumeist vom Inhaber geführt, der mit Hab und Gut für den Unternehmenserfolg haftet. Während Großbetriebe Arbeitsplätze abbauen, ist der Mittelstand der Job-Motor Nr. 1 hierzulande. Dass die-

### Themen:

Editorial	3
Aktive Sterbehilfe	4
Kontroverse um ein neues Bestattungsgesetz	5
Bibel-TV	7
Argumentation zum Irak-Konflikt	10

ser Beschäftigungsmotor stottert, dass Neueinstellungen unterbleiben – das liegt vor allem auch an dem engen bürokratischen Korsett, das dem Mittelstand keine Luft zum Atmen lässt.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Erhöht ein Betrieb seine Mitarbeiterzahl von 5 auf 6, greift mit einem Mal das **Kündigungsschutzgesetz**. Ab 16 Beschäftigte greift das Recht auf Teilzeitarbeit. Ab 101 Mitarbeiter muss der Betriebsrat aus mindestens 7 Mitarbeitern bestehen. Ab 200 Beschäftigte ist ein Betriebsmitglied auf Kosten des Arbeitgebers sogar vollständig von der Arbeit freizustellen.

### Bürokratische Hemmschwellen

Während Großunternehmen in Deutschland im Durchschnitt lediglich 153 Euro Bürokratiekosten pro Arbeitsplatz im Jahr zu tragen haben, lasten auf dem Mittelstand pro Arbeitsplatz im Jahr durchschnittlich 3.579 Euro, das heißt, die Last ist mehr als 23-mal so hoch. Allein in der vergangenen Legislaturperiode wurde der **Bürokratiedschungel** um 301 neue Bundesgesetze und 973 neue Rechtsverordnungen dichter.

Die Bürokratiekosten, die steigende Steuer- und Abgabenlast, die Starre des Arbeitsmarkts treffen die kleineren Unternehmen am meisten, denn sie müssen mit weniger Ressourcen auskommen als die Großen und verfügen über weniger Reserven. Was für einen Konzern ein Mückenstich ist, wird oft für einen kleinen Familienbetrieb zum tödlichen Strangulierungsgriff.

### Reformen?

Jetzt soll alles angeblich besser werden. Es ist zwar erfreulich, dass Bundeswirtschaftsminister Clement erst kürzlich wirtschaftspolitisch sinnvolle Forderungen der Union in einem Mittelstandspapier zusammengefasst hat. Der angekündigte Bürokratieabbau und die Senkung der Steuer- und Abgabenlast unter 40 Prozent sind 1:1-Plagiate des Regierungsprogramms von CDU und CSU.

Wieder einmal werden zwar mediengerecht Reformen angekündigt, harte

Fakten aber bleiben aus. Mehr noch: Allein die **höheren Sozialabgaben** belasten Betriebe und Konsumenten mit rund 9,1 Mrd. Euro in diesem Jahr. Hinzu kommen Steuermehrbelastungen, die sich von 3,5 Mrd. Euro in diesem Jahr bis auf über 16 Mrd. Euro in 2006 summieren. Das ist ein Kosten-Schock schlimmster Art für Bürger und Unternehmen.



### Terminankündigung

**40. Bundestagung des  
Evangelischen Arbeitskreises  
der CDU/CSU**

**vom 13. – 14. Juni 2003  
in Halle an der Saale**

**zum Thema:  
„Selig sind die  
Friedensstifter!“**

**Friedenspolitik im  
21. Jahrhundert**

Es ist höchste Zeit, das Trauerspiel der rot-grünen Mittelstandspolitik zu beenden.

Wir brauchen keine neue Sonder-Mini-Steuer nur für Kleinstgewerbe – wie von Clement gefordert – zumal davon weniger als zehn Prozent aller deutschen Betriebe überhaupt betroffen wären. Weit über drei Millionen Mittelständler gingen wieder einmal leer aus, wenn Mini-Bürokratie und Mini-Steuer auf Kleinstgewerbe beschränkt würden. Deutschland braucht keine kleinen Trippelschritte für das Kleinstgewerbe, sondern 7-Meilen-Stiefel für die Wirtschaft insgesamt.

### Erste Ansätze

Der erzielte **Arbeitsmarktreform-Kompromiss** zwischen Regierung und Opposition, an der ich im Vermittlungsausschuss des Bundesrates gearbeitet habe, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Viele Ideen der Union wurden letztlich 1:1 übernommen. Allein die weitere **Öffnung des Niedriglohnssektors** wird neue Arbeitsplätze schaffen, die Schwarzarbeit verringern und die Konjunktur beleben. Es gilt jetzt, das Arbeitsrecht weiter zu flexibilisieren. Wir müssen das Günstigkeitsprinzip lockern, um betriebliche Bündnisse zu ermöglichen. Damit werden wir die betrieblichen Reaktionsmöglichkeiten in Krisen verbessern, anstatt nach dem Zusammenbruch Arbeitslosigkeit mit teuren ABM-Stellen zu finanzieren.

Deutschland braucht endlich eine durchdachte und umfassende Steuer- und Abgabenreform für mehr Transparenz und weniger Belastung, die den gesamten Mittelstand und alle Bürger erreicht. Vor allem in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung müssen die Freiräume für Beitragsatzsenkungen erarbeitet werden. Nur dann können Wachstum und Vollbeschäftigung wieder in greifbare Nähe rücken. ■

**Anm.:**

Dagmar Wöhrl MdB ist  
wirtschaftspolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Liebe Leserin, lieber Leser,

die Ankündigung der Geburt zweier angeblicher Klonbabys durch die Raelianer-Sekte hat unabhängig von der Frage der Glaubwürdigkeit dieser Aussagen wieder Bewegung in die Bioethik- bzw. Biotechnik-Debatte gebracht. Die Forderung nach einem weltweiten „Klon-sperrvertrag“ hat im Deutschen Bundestag fraktionsübergreifend bei der Union, der SPD und den Grünen Gehör gefunden. In einer überfraktionellen Initiative hat man sich auf ein **umfassendes weltweites Verbot des reproduktiven und therapeutischen Klonens** verständigt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den im Rahmen der Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen ihre Ablehnung jeglicher Form des Klonens menschlicher Embryonen unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen. Dies entspricht auch der Rechtslage, die in Deutschland im Embryonenschutzgesetz und im Stammzellgesetz verankert ist. Die gemeinsamen deutsch-französischen Bemühungen um ein umfassendes internationales Klonverbot sind ein wichtiger Schritt, das Ziel, möglichst viele Staaten für eine Konvention der Vereinten Nationen zu gewinnen, zu erreichen.

Jedes Klonen mit menschlichen Embryonen ist unabhängig von der dazu genutzten Technik und dem damit verfolgten Zweck unvereinbar mit der nach unserer Rechtsauffassung universell gültigen **Menschenwürde**, deren Schutz Artikel 1 des Grundgesetzes und die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen gebieten. Ich möchte die provokante Frage stellen: „Darf der Mensch einen Menschen nach eigenem Bilde schaffen?“

Als Christ kann ich darauf nur die eindeutige Antwort geben: „Nein!“ Bischof Huber hat es wie folgt auf den Punkt gebracht: „Von Gott unterscheidet sich der Mensch dadurch, dass er endlich ist, dass sein Leben einen Anfang und ein Ende hat. Über dieses Leben selber, seinen Anfang und sein Ende, verfügen wir nicht selbst. Wann, wo und als Kinder welcher Eltern wir geboren werden, ist uns schlechterdings entzogen.“

Ein weiteres Damoklesschwert, welches uns schon seit Monaten beschäftigt, ist die Auseinandersetzung um den **Irak-Konflikt**. In vielen Kirchengemeinden werden regelmäßig Friedensgebete durchgeführt. Im vergangenen November hat die EKD-Synode sich bereits deutlich gegen einen Militärschlag gegen den Irak ausgesprochen. Der Rat der EKD hat Ende Januar auf seiner Tagung in Tutzing zum Ausdruck gebracht, dass er zum gegenwärtigen Sachstand aus ethischen, wie aus völkerrechtlichen Gründen einen Angriff auf den Irak ablehnt.

Die frühzeitige Festlegung des Bundeskanzlers auf einen deutschen Alleingang ohne den Bericht der UN-Waffeninspektoren abzuwarten, erweckt den Eindruck, dass man sich die Arbeit der Inspektoren gleich hätte sparen können. Die Bewertung des Berichtes in Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der UNO und die gemeinsame Entscheidung über das Vorgehen der Völkergemeinschaft ist aus der Sicht der Union der einzig gangbare Weg.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung des Konfliktes werden wir uns in intensiven friedenethischen Debatten auseinandersetzen müssen, wie die Völkerge-



meinschaft beispielsweise auf die Bedrohung von Diktatoren mit Massenvernichtungsmitteln angemessen reagiert. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ aufgrund zahlreicher Anfragen eine Argumentationshilfe der CDU/CSU Bundestagsfraktion zum Irak-Konflikt.

Unter dem Motto „**Selig sind die Friedensstifter!**“ **Friedenspolitik im 21. Jahrhundert** werden wir uns daher mit diesem Thema auf unserer 40. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 13.–14. Juni 2003 in Halle an der Saale beschäftigen. Ich würde mich freuen, Sie dort in großer Zahl begrüßen zu können.

Ihr

Jochen Borchert, MdB  
Bundesvorsitzender des EAK

## „Aktive Sterbehilfe“

### Interview mit Dr. Martin Hein, Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck

**Evangelische Verantwortung:** *Sehr geehrter Herr Bischof, in den Niederlanden und in Belgien ist die Sterbehilfe legalisiert. Haben Sie die Furcht, dass wir auch in Deutschland eine solche Gesetzgebung erwarten müssen?*

**Hein:** Dazu besteht konkreter Anlass. Nicht, weil wir im vereinten Europa die Regelungen unserer Nachbarstaaten einfach übernehmen würden. Es gibt vielmehr gesellschaftliche Faktoren, die dafür sprechen, dass uns die Diskussion über die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe bald wieder beschäftigen wird. Unsere Gesellschaft wird älter, die Rentenkassen und das Gesundheitswesen stehen unter ungeheurem finanziellen Druck. Die Situation der Pflege entwickelt sich aufgrund einer permanenten Unterfinanzierung dramatisch. In dieser Situation besteht die Versuchung, Sterbehilfe als vermeintlich „humane“ Lösung zu präsentieren. Die wichtige Frage, wie man Sterbende angemessen begleitet, darf aber nicht unter dem Druck der Ökonomie entschieden werden.

**Evangelische Verantwortung:** *Der Kirche wird vorgeworfen, dass sie das Leid der Menschen im Todeskampf nicht ernst nehmen würde. Wie barmherzig ist die aktive Sterbehilfe?*

**Hein:** Die aktive Sterbehilfe verspricht Barmherzigkeit, tatsächlich maßt sie sich an, Herr über Leben und Tod sein zu wollen. Die Kirche hat seit ihrem Anfang an Erfahrung im Umgang mit Leidenden, Sterbenden und ihren Angehörigen. Wenn ein schwerkranker Mensch nach lebensbeendenden Maßnahmen ruft, so höre ich zunächst die Bitte um Liebe, Zuwendung, Geborgenheit und Begleitung, die Leib und Seele gleichermaßen umfasst. Es geht also um eine seelsorgerliche und um ei-



**„Als Christen begreifen wir das Leben als ein Geschenk Gottes, als Zeichen liebevoller Zuwendung.“**

ne medizinische Begleitung. Wir müssen deshalb die Palliativmedizin stärken. Hier haben wir in Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Wenn die medizinischen Möglichkeiten mit dem Ziel einer Heilung erschöpft sind, muss das Therapieziel „Linderung der Schmerzen“ als eine lebensdienliche Alternative mit gleicher Intensität verfolgt werden. Zugleich gilt es die Hospizbewegung innerhalb und außerhalb der Kirche zu stärken.

**Evangelische Verantwortung:** *Sind Sie gegen die Selbstbestimmung des Menschen im Leben und Sterben?*

**Hein:** Nach meiner Auffassung kann das Selbstbestimmungsrecht eines Patienten keine absolute Geltung haben. Ich erinnere nur an die Menschen, die aus einer akuten Krise heraus sich zur Selbsttötung entscheiden. Manche werden gegen ihren Willen davon abgehalten. Oft können sie nach ihrer

Rettung ihre Situation neu bewerten und sind dankbar für die Bewahrung ihres Lebens. Dafür wurde ihr Selbstbestimmungsrecht allerdings vorübergehend verletzt.

Zur Selbstbestimmung, wenn sie wirklich ernstgenommen wird, gehört vor allem eine echte Wahlmöglichkeit. Ein Patient, dessen Zustand aussichtslos und dessen Leiden unerträglich ist, hat diese kaum. Umso unausweichlicher wird sich ihm das Verlangen nach Lebensbeendigung als einzig gangbarer Weg aufdrängen. Wie würde er sich aber entscheiden, wenn sein Zustand zwar aussichtslos bliebe, sein Leiden aber erträglich werde?

Schließlich muss man fragen, inwieweit das Selbstbestimmungsrecht eines schwer kranken Menschen frei ist von unausgesprochenen Erwartungen und verborgenem Druck von Außen. Wie unabhängig ist meine Entscheidung wirklich, wenn ich die Angehörigen unter der Last meiner Krankheit leiden sehe, auch wenn sie mir ein anderes Bild zu vermitteln suchen? Es hat Wirkungen, wenn Zuwendung fehlt oder die hohen Sozialleistungen ständig beklagt werden. Hier entsteht ein Druck zur „Selbstentsorgung“, dem man sich nur mit Mühe entziehen kann. Von Selbstbestimmung kann dann nicht mehr die Rede sein.

**Evangelische Verantwortung:** *Wo sind für Sie die Grenzen bei der Sterbehilfe, ab wann handelt der Mensch gegen die Würde des Sterbenden?*

**Hein:** In Deutschland wird gegenwärtig indirekte und passive Sterbehilfe praktiziert. Beide Formen sind nach christlichem Maßstab ethisch legitim, weil dem christlichem Grundgedanken Rechnung getragen wird, dass der Tod eines Menschen abgewartet werden muss und nicht unmittelbar herbeigeführt werden darf. Ethisch nicht zulässig ist deshalb die gezielte Herbeiführung des Todes. Für sie darf es keine gesetzliche Regelung geben, die sie straffrei stellt.

Ich denke, dass damit auch das Berufsethos des Arztes angesprochen ist. Nach der niederländischen Gesetzge-

bung soll der Arzt prüfen, ob dem Verlangen nach Lebensbeendigung eine freiwillige oder reife Überlegung vorausgegangen ist. Ich frage: Kann der Arzt wirklich ermessen, was bei einem Menschen zu diesem Verlangen geführt hat? Er könnte auch in den Geruch geraten, Handlanger anderer, vielleicht verborgener Interessen zu sein. Müsste deshalb nicht die eindeutige Verweigerung, an Lebensbeendigungen beteiligt zu sein, die klare Konsequenz sein?

**Evangelische Verantwortung:** *Haben wir als Christen eine Chance den Menschen zu zeigen, wie man besser lebt und wie man vielleicht auch besser sterben kann? Können wir als Kirche den Menschen einen Ausweg aus der Angst vor einem qualvollen Sterben weisen?*

**Hein:** Als Christen begreifen wir das Leben als ein Geschenk Gottes, als Zeichen liebevoller Zuwendung. Das gilt von seinem Entstehen bis zu seinem Ende. Deshalb soll es vor eigenmächtiger und fremder Verfügung weitestgehend entzogen werden. Im christlichen Glauben begleitet uns Gott durch unser Leben – auch durch schwere Etappen. Unsere christliche Hoffnung ist es, dass Gott uns durch das Sterben und den Tod hindurch führt. Der Lebensweg Jesu ist uns hier Leitbild und Grund zur Zuversicht. Von ihm können wir für unseren Umgang mit den Sterbenden lernen: „Wachet und betet“, bittet Jesus seine Jünger im Angesicht des Todes. Das ist auch mit Blick auf die Diskussion um die Sterbehilfe ein hochaktueller Auftrag an uns Christen: Wir sollen die Kranken und Sterbenden in ihren Nöten – an Leib und Seele – begleiten.

**Evangelische Verantwortung:** *Welche Initiativen unterstützt die Kirche?*

**Hein:** Wir unterstützen den weiteren Ausbau der Palliativmedizin und die Hospizbewegung. Mit Blick auf die stationären Hospize gilt es allerdings sicherzustellen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit endlich auskömmlich geregelt werden. Daneben gilt es, die zahlreichen ehrenamtlichen Hospizinitiativen zu unterstützen,

die Schwerstkranken, Sterbende sowie ihre Angehörige mit hohem Engagement begleiten.

**Evangelische Verantwortung:** *Was muss die Politik tun?*

**Hein:** Der Gesetzgeber tut gut daran, den restriktiven Kurs gegenüber aktiver Sterbehilfe beizubehalten. In Deutschland sind wir hier bisher aufgrund der menschenverachtenden Euthanasiepra-

xis des NS-Staats besonders sensibel. Natürlich lassen sich die politischen Rahmenbedingungen heute nicht mit dem damaligen Unrechtsstaat vergleichen. Es wäre jedoch ein fataler Fehler, wenn wir in Deutschland unter dem Deckmantel vermeintlicher Humanität die aktive Sterbehilfe legalisieren würden, weil sie ökonomisch opportun erscheint. Auch hier gilt: Wehret den Anfängen! Wir müssen vielmehr eine Kultur der Lebensdienlichkeit stärken.

## „Würde des Toten achten“ Kontroverse um Bestattungen in Nordrhein-Westfalen

Thomas Rachel

Um die Art und Weise der Bestattung ist in Nordrhein-Westfalen eine große Kontroverse entstanden. Anlass ist ein Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung. Ziel des Gesetzes ist die Neuregelung des Friedhofs- und Bestattungswesens, das teilweise auf veralteten Gesetzen fußt. Mit dem Verweis auf die „selbstverantwortliche Entscheidung“ der Hinterbliebenen und Friedhofsträger soll in Nordrhein-Westfalen das bestehende Bestattungsgesetz neu gefasst werden.

Einige der geplanten Neuregelungen haben bei Verbänden und Gruppierungen Kritik hervorgerufen. Auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU NRW und die CDU-Landtagsfraktion lehnen den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form ab. Deutlich ist auch die Kritik der beiden Kirchen im größten deutschen Bundesland.

### Größere Freiheit

Bisher war und ist der Umgang mit Verstorbenen vom Gedanken der Würde bestimmt, die auch durch den Tod nicht aufgehoben wird. Gerade der Umgang mit den Toten in Würde und die Achtung der Totenruhe gehören zur Wesensbestimmung der christlichen Ge-



„Die Würde eines Menschen ändert oder vermindert sich nicht durch dessen Tod.“

meinschaft. Sie gründen im Glauben, dass der Tod nicht die letzte Antwort auf die Frage nach dem Sinn und Ziel des Lebens ist. Menschliches Leben endet nicht im Nichts, sondern wird durch den Tod hindurch von Gottes Liebe gehalten.

Entsprechend der christlich-jüdischen Tradition unterstehen die Überreste eines Verstorbenen nicht der eigenen

Verfügungsgewalt oder der der Angehörigen, sondern sie werden durch die Beerdigung auch materiell in Gottes Hände zurückgegeben. Damit wird deutlich: Menschen verfügen nicht über ihre Mitmenschen.

Nach dem Gesetzentwurf der SPD/Grünen- Landesregierung in Düsseldorf können Friedhöfe künftig privatisiert werden. Auch soll die Pflicht der Bestattung auf einem Friedhof entfallen. Außerdem soll die Sargpflicht aufgehoben werden. Urnen können neuerdings mit nach Hause genommen werden. Ebenso soll es möglich werden, neue Traueritten durchzuführen, bei denen die Asche anderenorts verstreut wird. All dies soll in Zukunft in der Entscheidungsmacht der Sterbenden, über ihr Testament, oder der Angehörigen liegen.

Zu begrüßen ist die Neuregelung im Gesetzentwurf, dass Totgeburten beigesetzt werden können und nicht mehr einfach durch Kliniken „entsorgt“ werden.

### Würde des Menschen im Tode erhalten

Der Umgang mit den Toten gehört zu den zentralen Anliegen des menschlichen Lebens. Das kommt darin zum Ausdruck, dass Tod und Sterben in allen Kulturen und Religionen durch Ehrfurcht und rituelle Begehung geprägt sind. Dies darf nicht durch lediglich zweckrationales Denken und Kommerzialisierung zerstört werden.

**Die Würde eines Menschen ändert oder vermindert sich nicht durch dessen Tod.** Die Achtung der Totenruhe sagt etwas aus über die ethische Orientierung unserer Gesellschaft. Der Eigenwert des Menschen ist immer etwas Seiendes, unverlierbar auch über den Tod hinaus. Unser Umgang mit den Toten gibt Auskunft über unser Verhältnis zum Leben. Ein unangemessener Umgang mit Verstorbenen hat auch Auswirkungen auf den Umgang mit den Lebenden, zum Beispiel am Ende ihres Lebens (aktive Sterbehilfe).

### Private Totenruhe?

Nordrhein-Westfalen bricht als erstes Bundesland mit der deutschen Bestattungstradition. Der bislang in Deutschland bestehende Grundsatz des Friedhofs- und Beisetzungszwangs wird aufgehoben. Die Totenruhe, die bislang in öffentlich-rechtlicher Verantwortung unter dem Schutz der Gemeinschaft stand, wird zur privaten Angelegenheit.



Der Evangelische Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen sieht die Gefahr, dass durch das Gesetz die Bestattung zu einer bloßen Technik der Leichenbeseitigung herabgemindert wird. Es darf aber einer Gesellschaft nicht gleichgültig sein, wie sie gedenkt mit Verstorbenen umzugehen. **Unter dem Deckmantel der „selbstverantwortlichen Entscheidung“ bereitet die Landesregierung der Beliebigkeit im Umgang mit Verstorbenen den Weg.**

### Achtung vor den Gebräuchen anderer

Sinnvoll ist es, wenn künftig für bestimmte Religionsgruppen, zum Beispiel Muslime, eine Bestattung auch ohne Sarg möglich ist. Es ist dazu jedoch nicht nötig und auch nicht angemessen, die Sargpflicht ersatzlos aufzuheben; vielmehr sollten Regelungen in die Gesetze aufgenommen werden, die den Bestattungsriten der verschiedenen Religionsgemeinschaften in Deutschland Rechnung tragen. **Religiöser und damit ritueller Vielfalt sollte nicht mit Beliebigkeit begegnet werden.**

### Die Urne auf dem Kaminsims

Das rot-grüne Gesetz sieht vor, dass Angehörige künftig die Urne zu Hause aufbewahren können. Dies ist höchst problematisch und nicht akzeptabel. **Der Gesetzentwurf stellt nicht ausreichend sicher, dass mit Überresten Verstorbener in angemessener Weise umgegangen wird.** Es muss ausgeschlossen werden, dass eine Urne, die zu Hause auf dem Kaminsims aufbewahrt wird, irgendwann im Hausmüll landet, wenn sie nicht mehr gefällt. Das wäre mit unseren ethischen Grundüberzeugungen nicht vereinbar und darf nicht zugelassen werden.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass entgegen gesetzlichen Vorgaben die Aufbewahrung von Asche Verstorbener im privaten Umfeld zu Missbrauch führen kann. Ein Beispiel ist Kanada, wo die Urnen nicht bestattet werden müssen. Dort stapeln sich die nicht abgeholt Urnen bei den Bestattern. Oftmals gerät kurz nach dem Tod des Verwandten, wenn die damit verbunden Gefühle abkühlen, das Thema in Vergessenheit. Ein anderes Beispiel sind die Niederlande. In Amsterdam werden bei Grabungen in den Grachten jedes Mal hunderte Urnen entdeckt. Dieser Umgang kann nicht der Würde des Verstorbenen entsprechen.

Auch die Möglichkeit, die Asche Verstorbener irgendwo zu zerstreuen, ist problematisch. Die Würde des Toten besteht auch darin, dass er nicht den Besitzansprüchen Einzelner unterworfen sein darf. Ein solches Vorgehen gefährdet die Erinnerungskultur, die für eine Gesellschaft unerlässlich ist.

### Das Grab als Ort der Erinnerung und Trauer

Für die Bewältigung der Trauer ist das Grab von großer Bedeutung. Für die Hinterbliebenen ist es hilfreich, einen öffentlich zugänglichen Ort der Trauer und des Gedenkens zu haben. Dies gilt erst recht für Freunde und Bekannte des Verstorbenen.

Der Umgang mit Trauer ist darüber hinaus nicht nur eine private Angelegenheit, sondern zugleich eine öffentliche. Deshalb ist der öffentlich begehbarer Raum des Friedhofs unverzichtbar. Friedhöfe sind besondere Orte, an denen die Menschen sich selbst in ihrer Sterblichkeit begegnen. Deshalb dürfen Friedhöfe in ihrer Gestaltung und ihrem Betrieb nicht einer individuellen Beliebigkeit vollkommen preisgegeben werden.

#### Das Bewusstsein schärfen

Die notwendige Kontroverse über Leben, Tod und Bestattung zeigt, dass der Umgang mit dem Tod in unserer Gesellschaft zu sehr als Tabuthema an den Rand gedrückt wird. Nicht nur in der Kirche, sondern auch bereits in den Schulen muss auf die Endlichkeit des Lebens vorbereitet werden, und wir müssen klären, wie wir damit umgehen. Die Auseinandersetzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in Nordrhein-Westfalen ist eine gute und wichtige Gelegenheit über diese Fragen eine breite Diskussion zu führen. Ergebnis dieser Diskussion muss eine Änderung des vorliegenden Gesetzentwurfes zur Bestattung sein.

**Den Tod sichtbar zu machen, hilft, das Leben ernst zu nehmen.** So lautet der Ratschlag der Bibel: „Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, damit wir klug werden“ (Psalm 90, Vers 12). Solche Klugheit macht nicht intelligent, sondern lebensstüchtig, weil realistisch. Mehr noch, sie macht dankbar für das tägliche Geschenk des Lebens, nimmt wahr, dass es keine Selbstverständlichkeit ist. „Bedenken, dass wir sterben müssen“ macht also nicht trübsinnig, sondern gibt dem Leben Tiefgang und zwar bis zuletzt. Daran will die Bibel erinnern, daraus erwächst der rituellen Begehung von Tod und Trauer der Sinn. ■

#### Anm.:

Thomas Rachel MdB ist Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nordrhein-Westfalen und Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU-Bundestagfraktion.

## Bibel-TV

### Christliche Wertevermittlung im Deutschen Fernsehen

Henning Röhl

Bibel-TV ist ein digitales Spartenprogramm – etwas Neues für Deutschland, dem fernsehtechnischen Entwicklungsland. Längst nicht alle technischen Möglichkeiten, die das Fernsehen heute bietet, werden hierzulande auch genutzt. Die Digitalisierung macht mehr Programme möglich, sie öffnet neue Wege in der Interaktion, sie gibt dem Zuschauer ganz andere Möglichkeiten, sich seine Programme selbst zusammenzustellen, also viel bewusster auszuwählen.

Als die amerikanische Firma Liberty vor etwa einem Jahr 10 Millionen Kabelhaushalte der Deutschen Telekom kaufen wollte und nicht nur bereit war, dafür 5 Milliarden Dollar zu zahlen, sondern sich auch verpflichtete, das Kabel für etwa die gleiche Summe technologisch aufzurüsten, traf der US-Konzern bei uns auf ein Kartell der Oligarchen. ARD und ZDF, die Kirchgruppe – damals noch im Besitz ihrer Kräfte – und Bertelsmann mühten sich gemeinsam mit der Bundesregierung und dann auch mit dem Kartellamt, den Eindringling von Außen fernzuhalten. Diese im Zeitalter der Globalisierung kaum verständliche Abschottungspolitik hat zur Folge, dass die verkaufsbereite Telekom froh ist, wenn sie zwei Milliarden für ihr Kabel bekommen wird, und dass die geplanten Investitionen ausbleiben werden. Immer mehr Kabelempfänger wenden sich außerdem vom Kabel ab und stellen sich über Satellitenempfang ihre eigenen Programme zusammen. Die privaten Kabelanbieter in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg schließlich wurden durch diese Restriktionspolitik vom Geld und Mut verlassen.



„Das Programm will christliche Werte vermitteln, wieder neugierig auf die Bibel machen und einen – wenn auch kleinen – Gegenpol gegen das fast nur noch auf Quoten schauende Unterhaltungsfernsehen bilden.“

#### Kein Kabelangebot für Bibel-TV

Was hat das nun alles mit Bibel-TV zu tun? Mit diesem Spartenprogramm, das sich 24 Stunden am Tag bemüht, christliches Fernsehen nach Deutschland zu bringen? Von Liberty wäre Bibel-TV ins Kabel gebracht worden, so war es lose verabredet. Als Angebot im Kabel neuerer Art hätte Bibel-TV nicht zahlen müssen, sondern wäre honoriert worden. So wie es in den USA in den Kabelnetzen von John Malone, dem Hauptaktionär von Liberty, der Fall ist. Christliche Programme werden dort sehr geschätzt. Sie entsprechen auch dem Sehbedürfnis vieler Zuschauer, wie man dort genau weiß. Weil wir in Deutschland in der Nutzung der neuen technischen Fernsehmöglichkeiten hinterherhinken, noch nicht so

weit sind wie etwa in England, Holland, Spanien oder Frankreich, wird Bibel-TV zunächst von relativ wenigen Zuschauern gesehen werden können.

### Empfang über Satellit

Wir haben im deutschsprachigen Raum etwa 1,8 Millionen Haushalte, die ihre TV-Programme über einen digitalen Satelliten empfangen. Diese können auch Bibel-TV sehen. Und viele sehen es, was die Reaktionen, die die Hamburger Zentrale erreichen, bestätigen. Es gibt noch keine Quotenmessungen für das Programm – kann es auch nicht geben, weil digitale Programme von der GfK (Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung) nicht erfasst werden, aber es gibt Hunderte von Briefen, Mails und Telefonanrufen. Viele fragen, wie man das Programm bekommen kann, andere haben technische und inhaltliche Einzelfragen, manche äußern sich aggressiv und ablehnend, was bei einem bewusst christlich gestalteten Programm wohl unvermeidlich ist, aber weit über 80 Prozent der Reaktionen sind ausgesprochen positiv.

### Christliche Radio- und Fernsehscene

Bibel-TV ist am 1. Oktober 2002 über den digitalen Satelliten Astra gestartet. In den Medien sorgte dieses Programm in der Startphase für viel Aufsehen, irgendwie auch ein Zeichen dafür, dass die Zeit reif ist für ein christliches Programm – auch in Deutschland. In Großbritannien gibt es mehrere derartige Spartenprogramme, in Frankreich, Holland und Spanien ebenfalls und natürlich in den Vereinigten Staaten.

Wer in Deutschland an das **christliche Fernsehen in den USA** denkt, hat zunächst die **Fernsehprediger** vor Augen. Immer wieder werden solche Beispiele, die wohl nicht dem deutschen Mehrheitsgeschmack entsprechen, gezeigt. Aber dies ist eine sehr verkürzte Sichtweise: Es gibt in den USA eine christliche Radio- und Fernsehscene, deren Sendungen weit über das reine Ausstrahlen von bestimmten Predigern und Gottesdienstformen hinausgehen. Auf der NRB-Messe, dem Treffen der nationalen religiösen Radio- und Fernsehmacher, kommen Jahr für Jahr weit

über 6000 Programmacher zum Erfahrungsaustausch zusammen. In den USA wird dieses Treffen viel beachtet, auch die Präsidenten waren gelegentlich Gast auf der NRB.

Bud Paxson etwa, der durch Teleshopping-Sender ein Vermögen gemacht hat, ist einer der Seniors der christlichen Fernsehscene. Er hat das Pax-Network aufgebaut, eine Senderkette, die auf dem ganzen Kontinent zu sehen ist, und daneben in Florida eine Fernsehstation gegründet, deren musikalisch-christliches Meditationsprogramm von vielen US-Sendern übernommen wird. In **Hollywood gibt es eine christliche Filmszene**, von deren Existenz man in Deutschland fast gar nichts weiß, und auch die **christliche Rock- und Popmusik** erfreut sich weltweit immer größerer Beliebtheit. Die Gesamtausgaben für christliche TV-Programme in den USA liegen eher bei sechs denn fünf Milliarden Dollar.

### Programmgestaltung in Deutschland

Bibel-TV will nun kein rein amerikanischer Abklatsch werden. Es will ein eigenständiges Programm, das beim deutschen Zuschauer ankommt. Die Tatsache, dass es Bibel-TV überhaupt gibt, ist aber auch ein Ausdruck für die starke Bewegung in der weltweiten christlichen Medienszene. Sie macht auch vor Deutschland nicht länger halt. Die **Musik** gehört sehr stark dazu, besonders auch die neuen Formen christlicher Jugendmusik, ebenso **Spielfilme, Kinderprogramme, Dokumentationen und Bibellesungen**. All das findet sich im Programm von Bibel-TV, wobei die Bibellesungen gewissermaßen das inhaltliche und formale Gerüst bilden. Insgesamt 180 einzelne Stellen aus der Heiligen Schrift wurden zunächst von Fachleuten ausgewählt und dann von Schauspielern gelesen.

Daneben gibt es dann die üblichen Genres eines Fernsehprogramms: Die meisten Spielfilme kommen aus den USA, darunter natürlich der berühmte Jesusfilm von Campus für Christus oder die Visual Bible, die um große Nähe zum Original bemühte Verfilmung des Matthäus-Evangeliums. Das Kinderprogramm stammt vor allem aus England,

Italien, Holland und den USA. Die Musik aus vielen Ländern. Ebenso die Dokumentationen.

Der originär in Deutschland produzierte Anteil am Programm ist noch gering. Aber er wächst. Die Produktionen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten stehen fast überhaupt nicht zur Verfügung. Sie sind zu teuer. Kirchliche Produktionen stehen, soweit vorhanden, zur Verfügung. Einzelne Organisationen der katholischen Kirche oder der Evangeliumsrundfunk in Wetzlar sind sehr hilfreich und immer mehr Einzelgruppen aus Deutschland schicken ihre Produktionen. Christliche Musikgruppen etwa, die froh sind eine TV-Verbreitungsmöglichkeit gefunden zu haben, auch Produzenten entdecken hier neue Wege. Fast täglich liegen neue Angebote auf dem Tisch der Redaktion in Hamburg, so dass das deutsche Originalprogramm von Bibel-TV von Woche zu Woche wächst.

### Technische Verbreitung

Bibel-TV sendet aus Kostengründen vorerst keine Live-Produktionen. Zu den Eigenproduktionen gehören ein Magazin und eine wöchentlich aufgezeichnete Gesprächssendung. Die einzelnen Programmbänder werden von Hamburg aus per Kurier nach Luxemburg zu BCE, einer RTL-Tochter geschickt, dort in einen Rechner geladen und als Datensätze über ein so genanntes Play Out Center zum Abspiel auf den Satelliten in die ca. 20 Kilometer entfernte Zentrale des europäischen Satellitenbetreibers Astra geschickt. Wenige Wochen nach Bibel-TV begannen auch das englische Programm God Channel und der österreichische katholische Sender KTV aus Dornbirn über Astra digital zu senden. Auf der digitalen Plattform der Telekomtochter Kabel Deutschland und des Kabelanbieters Primacom ist Bibel-TV ebenfalls zu empfangen. Es wird demnächst außerdem in einige regionale Kabelnetze in Deutschland und in Österreich eingespist.

### Finanzierung

Bibel-TV ist der kleinste und kostengünstigste TV-Sender in Deutschland.



Sieben Mitarbeiter gehören zur Redaktion an der Rothenbaumchaussee in Hamburg. Sie sind für Programmplanung und Programmbeschaffung, Eigenproduktionen – soweit vorhanden – Technik, Archiv und Zuschauerbetreuung zuständig. Die Kernmannschaft wird unterstützt von einigen freien Mitarbeitern und Studenten. Mehr ist zurzeit nicht möglich, denn das **Anfangskapital von 6,3 Millionen Euro** muss für mindestens drei Jahre halten. Eigentlich ist für eine so geringe Summe kein Fernsehprogramm inklusive der technischen Verbreitung auf die Beine zu stellen. Nach internen Berechnungen und ersten Erfahrungen sind mindestens 3,5 bis 4 Millionen Euro pro Jahr notwendig, um den weiteren Betrieb von Bibel-TV zu gewährleisten. Auch mit einem solchen Budget stände Bibel-TV noch einzigartig in Deutschland da. Aber es wird sicher nicht der einzige Sender bleiben. **Das Modell macht Schule.** Anfragen aus Wirtschaft und Verbänden gibt es längst: Wie organisiert Ihr das Programm, wie schafft Ihr es, mit so geringen Mitteln auszukommen? sind immer wieder gestellte Fragen. Zuletzt übrigens von einer islamischen Gruppierung, die sehr daran interessiert ist, nach dem Muster von Bibel-TV ein islamisches Fernsehen in Deutschland aufzubauen.

### Freundeskreis und Spenden

Da das Anfangskapital aber irgendwann aufgebraucht sein wird und es ohnehin für den regulären Betrieb nicht reichen wird, muss es andere Quellen für Bibel-TV geben. Dazu wird gerade ein so genannter **Freundeskreis** gegründet, dessen Mitglieder das Programm inhaltlich und materiell unterstützen. Schon jetzt gibt es **Spendenaufrufe** – auch im Programm – die durchaus gehört werden. Nicht nur in Deutschland, denn Bibel-TV ist mit der entsprechenden Satellitenschüssel in ganz Europa zu empfangen. Sehr gefreut hat die Redaktion eine Spende in Höhe von 750 Euro, die aus Ungarn kam. Da Bibel-TV als gemeinnützig eingestuft ist, haben die Spender auch die Möglichkeit, Ihre Spenden steuerlich geltend zu machen. Schließlich gibt es die Möglichkeit des **Sponso-**

**rings**, und Bibel-TV ist auch in der Lage, **Werbung** zu schalten. Die ersten Werbespots laufen schon – nicht ohne Erfolg, wie die Auftraggeber überrascht festgestellt haben. Die materielle Sicherstellung des Programms wird im Übrigen in den nächsten Monaten zu den vordringlichsten Aufgaben der Geschäftsführung gehören.

### Verzicht auf Gottesdienste und Predigten

Auf Bibel-TV laufen keine Gottesdienste und Predigten, es sind also auch keine Prediger nach amerikanischem Muster zu sehen. Die Gesellschafter haben dies bewusst so beschlossen, nicht zuletzt auch um Auseinandersetzungen untereinander zu vermeiden. Bibel-TV bemüht sich, Brücken zu schlagen – zwischen den Konfessionen, aber auch zwischen den Kirchen und Freikirchen. **Hauptgesellschafter** und wichtigster Initiator des Programms ist der Bonner Verleger **Norman Rentrop**. Aus einer von ihm gegründeten Stiftung stammt auch der größte Teil des Anfangskapitals. Die **evangelische und die katholische Kirche in Deutschland** sind über ihre TV-Produktionstöchter zu 25,5% an Bibel-TV beteiligt. Zu den kleineren Gesellschaften gehören unter anderem der **Evangeliums Rundfunk in Wetzlar**, die **Deutsche Bibelgesellschaft**, der **Verband der Freikirchen** und der **Hänssler Verlag**.

Die Skepsis innerhalb der beiden großen Kirchen gegenüber Bibel-TV war anfangs sicher größer, als sie es heute noch immer ist. So gibt es bei manchen Kirchenvertretern Berührungängste vor evangelikalen oder freikirchlichen Gruppierungen, auch ist in beiden Kirchen die Bereitschaft, sich neuen Dingen gegenüber offen zu zeigen, insgesamt nicht besonders ausgeprägt und schließlich befürchtet man, dass mit einem allzu großen Engagement für einen solchen Sender die Beziehungen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk Schaden nehmen könnten.

### Christliche Wertevermittlung

Bibel-TV sendet bewusst ein christliches Programm. Das Programm will

christliche Werte vermitteln, wieder neugierig auf die Bibel machen und einen – wenn auch kleinen – Gegenpol gegen das fast nur noch auf Quoten schauende Unterhaltungsfernsehen bilden. Mit dem Bezug auf die Heilige Schrift versucht Bibel-TV, allen christlichen Konfessionen und Gruppierungen das Gefühl zu geben, sie können sich in diesem Programm zu Hause fühlen. Manche halten dies für die Quadratur des Kreises. Die Redaktion von Bibel-TV ist davon überzeugt, dass es mit einem solchen Programm durchaus gelingen kann, neue Verbindungen zu knüpfen und neue Inhalte aufzunehmen.

Und die Beziehungen der Kirchen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk? Sie sind gesetzlich geregelt, können also gar nicht von einer Seite beendet werden. Im dualen Rundfunksystem gibt es aber mehr als nur die öffentlich-rechtlichen Sender. Viele in den Kirchen haben das auch eingesehen. Sie bemühen sich deshalb auch um die Privatprogramme. Und sie wissen: Auch Bibel-TV braucht ihre Unterstützung und Begleitung. Wenn sie diese versagen, wird es angesichts der künftigen technischen Möglichkeiten, Fernsehprogramme zu verbreiten, nicht lange dauern, bis andere kommen, die ihre Botschaften ausstrahlen werden. Technisch ist das längst möglich, Kapital ist anderswo zur Genüge vorhanden. Aber alles, was dann kommt, käme ohne die Mitwirkung der großen Kirchen. So besehen ist Bibel-TV auch als Einladung an die Kirchen zu verstehen, die künftige Fernsehlandschaft und die künftige christliche Verkündigung im digitalen Fernsehen der Zukunft mitzugestalten. ■

### Anm.:

Der Hörfunk- und Fernsehjournalist Henning Röhl ist Geschäftsführer von Bibel-TV und Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Weitere Informationen über Bibel-TV erhalten Sie unter Telefon 040-45066-0 und im Internet unter [www.bibel.tv/de](http://www.bibel.tv/de)

## „Argumentationshilfe im Hinblick auf den Irak“

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Friedbert Pflüger, MdB  
Außenpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Christian Schmidt, MdB  
Verteidigungspolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**1.** Frieden und die Sicherheit in der Welt, aber auch ganz konkret in Europa und Deutschland, sind durch Massenvernichtungswaffen in den Händen unberechenbarer und skrupelloser Regime ernsthaft bedroht. Der Internationale Terrorismus und sein wahrscheinliches Streben nach der Verfügung über solche Waffen, sowie die Vielzahl regionaler Spannungsherde und von Staaten mit äußerst labilen Strukturen erhöhen diese Gefahr zusätzlich.

**Wir wollen Frieden am Golf, aber auch Sicherheit für unsere Bürger.** Frieden und Sicherheit bestehen nur dann, wenn wir nicht angegriffen und bedroht werden. Die furchtbaren Terror-Angriffe seit dem 11. September 2001 haben uns bewusst gemacht, dass unsere Sicherheit heute von jedem Punkt der Erde aus bedroht werden kann. Der Schaden, das Leid und die Zerstörung, die durch einen kriegerischen Angriff mit A-, B- oder C- Waffen entstehen können, würde das am Ground Zero angerichtete Unheil um ein Vielfaches übersteigen. In dieser Situation müssen wir alles tun, um diese Bedrohung des Friedens so gering wie möglich zu halten.

Diesen Gefahren wirksam zu begegnen ist eine vordringliche Aufgabe für die Europäische Union, die Nato und vor allem die Vereinten Nationen. Der Frieden lässt sich nur mit einer entschlossenen Politik gegen Massenvernichtungswaffen und

Internationalen Terrorismus sichern. Das bestehende Regelwerk der Vereinten Nationen muss entsprechend gestärkt und ausgebaut werden. Es darf nichts unversucht bleiben, die konkreten Gefahren mit nicht-militärischen Mitteln zu beseitigen, das heißt mit Geduld und Entschlossenheit alle friedlichen Wege zu versuchen, die Gefährdung unserer Sicherheit abzuwenden. Ein völkerrechtlich legitimer militärischer Einsatz kann allerdings als allerletztes Mittel nicht ausgeschlossen werden. Nur so lässt sich der notwendige Druck erzeugen, um den nicht-militärischen Instrumenten Durchsetzungskraft und Wirksamkeit zu geben.

**2.** Für den Irak, wie für Nordkorea gilt gleichermaßen, dass die **Weltgemeinschaft die Programme der Länder zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen nicht tolerieren darf**, mit denen sie nicht nur gegen internationale Verpflichtungen verstoßen, sondern die auch eine konkrete Bedrohung für den Weltfrieden darstellen.

Nach eigenen Angaben besitzt Nordkorea, neben geeigneten Trägersystemen, Kernmaterial, das möglicherweise bereits waffenfähig ist. Mit dem angekündigten Ausstieg aus dem Nichtverbreitungsvertrag und der Beendigung der Kooperation mit der Internationalen Atomenergiebehörde verletzt Nordkorea bewusst seine internationalen Verpflichtungen und verlässt den Weg der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.

Die Reaktionen der USA sind besonnen und überlegt. Dies bedeutet, dass zunächst in Abstimmung mit den Nachbarstaaten, den Verbündeten und den Vereinten Nationen alle nicht-militärischen Instrumente angewandt werden sollen, um Pjöngjang zu einer Kehrtwende in seiner Atompolitik zu bewegen. Konkrete Vergleiche zur amerikanischen Irak-Politik sind insofern problematisch,

als der Irak bereits seit über einem Jahrzehnt systematisch gegen die Vorgaben der Vereinten Nationen verstößt und dafür seitens der Weltgemeinschaft mit Sanktionen belegt wird. Zudem verfügen mit Russland und China zwei ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Einflussmöglichkeiten auf Nordkorea, die auf eine Lösung des Problems mit diplomatischen Mitteln hoffen lassen.

**3.** Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat wiederholt festgestellt, dass von den Massenvernichtungswaffen des Irak – insbesondere seinen B- und C-Waffen – eine Bedrohung des internationalen Friedens ausgeht. Aufgrund der geografischen Nähe ist die Sicherheit auch Europas unmittelbar betroffen. Saddam Hussein hat bereits vor 10 Jahren nicht davor zurückgeschreckt, Massenvernichtungsmittel – sogar gegen sein eigenes Volk – einzusetzen. Es besteht kein Grund zu glauben, dass er nicht bereit wäre, derartige Waffen wieder einzusetzen. Ziel eines Angriffs können die Staaten der Region, Israel, Einrichtungen unserer Verbündeten oder auch Europa selbst sein. Der Schaden, den der Irak mit seinen militärischen Fähigkeiten – auch durch die mögliche Weitergabe an terroristische Strukturen – anrichten kann, wäre immens.

Die Vereinten Nationen haben seit über einem Jahrzehnt mit zahlreichen Resolutionen vergeblich versucht, Saddam Hussein zur Raison zu bringen. Dieser hat seine Verpflichtungen zur Aufgabe seiner Waffenprogramme ständig unterlaufen und die VN-Inspektoren aus dem Land gejagt. Er nimmt dabei bewusst in Kauf, dass seine eigene Bevölkerung hungert und leidet.

**Das Ziel der Weltgemeinschaft**, dargelegt zuletzt in der Resolution 1441 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, ist völlig klar: **der Irak darf keine Massenvernichtungswaffen besitzen.** Wir, CDU/CSU, haben immer betont, dass wir alles unterstützen wollen, was dieses Ziel mit friedlichen Mitteln erreicht. Voraussetzung dafür ist, dass die Internationale Gemeinschaft mit Geschlossenheit und Entschlossenheit auftritt. Nur dann gibt es eine Chance, Saddam Hussein ohne Krieg zum einlenken zu bewegen und den Frieden zu erhalten.

**4.** Genau diesen Weg gehen unsere Partner und Verbündeten, allen voran die USA, Großbritannien und Frankreich: Nur durch deren entschiedenes Auftreten und Verhandlungsgeschick ist erreicht worden, dass der Sicherheitsrat einen entsprechend harten Beschluss gefasst hat, der dem Irak nicht mehr erlaubt, bei der Einhaltung seiner Verpflichtungen zu tricksen. Diese einstimmig beschlossene Resolution gibt dem Irak eine letzte Chance, zu kooperieren. Gleichzeitig lässt sie keinen Zweifel daran, dass ein neuerliches Zuwiderhandeln „ernste Konsequenzen“ nach sich ziehen wird. Dies bedeutet, dass notfalls militärische Mittel eingesetzt werden müssen, um die Gefahr, die von Massenvernichtungswaffen in den Händen Saddam Husseins für den Frieden ausgeht, zu beseitigen.

Diese klare und unmissverständliche Drohung hat bereits gefruchtet, indem Saddam Hussein umgehend nachgegeben und die Inspektoren der Vereinten Nationen wieder in den Irak gelassen hat. Ohne den vor allem von den Amerikanern aufgebauten Druck und die Drohung, notfalls auch militärische Mittel einzusetzen, wäre dies nicht gelungen.

Allerdings wird der **Druck der Staatengemeinschaft** nur wirksam bleiben, wenn die Geschlossenheit gewahrt wird und wenn die unmissverständliche Bereitschaft besteht, notfalls einer Zuwiderhandlung gegen Resolution 1441 tatsächlich ernste Konsequenzen folgen zu lassen. Je entschlossener und geschlossener wir sind, umso eher ist ein Krieg vermeidbar. Gutgemeinte Appelle allein sind wenig hilfreich.

**5.** CDU und CSU haben sich stets zu dieser Politik bekannt. Leider ist die **Bundesregierung** im Wahlkampf einen anderen Weg gegangen und hat nichts, aber auch gar nichts dazu beigetragen, dass ein Krieg bislang vermieden werden konnte. Im Gegenteil hat sie aus **blankem wahltaktischem Opportunismus spekulative Diskussionen betrieben, Ängste in der Bevölkerung geweckt und sich auf einen außenpolitischen Alleingang begeben**, der unserem Ansehen bei unseren Partnern und Verbündeten schwer geschadet hat. Hätten die Mitglieder des Sicherheitsrats die unverantwortliche Politik der Bun-

desregierung übernommen, wäre heute kein einziger VN-Inspektor im Irak.

Mittlerweile hat auch der Kanzler erkannt, wie sehr seine Politik der Verweigerung und Isolierung unseren eigenen Sicherheitsinteressen schadet. Es ist offensichtlich, dass Rot-Grün in einem Dilemma stecken, aus dem sie nicht herauskommen: Entweder sie schaden unseren Sicherheitsinteressen und betrügen unsere Partner und Verbündeten, oder sie betrügen ihre Wähler, die sie mit unnötigen und unhaltbaren Vorfestlegungen in die Irre geleitet haben. Allerdings ist zu erwarten, dass er sein Doppelspiel fortzusetzen versucht. Da er entlarvt ist, wird ihm dies nicht gelingen.

**6.** In der gegenwärtigen Situation **brauchen die Vereinten Nationen und die Inspektoren unsere volle Unterstützung.** Der Druck auf Saddam Hussein muss aufrechterhalten bleiben, um sicherzustellen, dass die Inspektoren ihre Arbeit im nötigen Umfang ausführen können.

Darüber, dass der Irak im Besitz von B- und C-Waffen und von Trägersystemen ist, sind die Arbeitsgruppen der Fraktion wiederholt durch die zuständigen Dienste konkret unterrichtet worden. Zum Teil sind diese Erkenntnisse durch die ersten Zwischenergebnisse der VN-Inspektionen bereits bestätigt. So hat nach Angaben des VN-Chefinspektors Blix der Irak beispielsweise illegal Raketenantriebswerke und Materialien zur Herstellung von Festbrennstoffen für Raketen eingeführt, die eine größere Reichweite haben, als in den Waffenstillstandsbedingungen nach dem Irak-Krieg 1991 zugelassen ist. Zudem ist der vom Irak im Dezember 2002 den Vereinten Nationen vorgelegte Waffenbericht offensichtlich äußerst lückenhaft (es fehlen sogar konkrete Angaben zum Verbleib von B- und C-Kampfstoffen, die vom Irak während der Inspektionen bis Ende 1998 deklariert wurden). Sollte der Irak die Lücken in seinem Waffenbericht nicht umgehend schließen, wäre auch dies ein Verstoß gegen Resolution 1441.

Die Tatsache, dass bislang der Öffentlichkeit seitens der VN-Inspektoren noch keine konkrete Entdeckung von Beständen an Massenvernichtungswaffen bekannt

gegeben wurde, bedeutet nicht, dass es diese nicht gibt. Vielmehr müssen die Inspektionen fortgeführt und gegebenenfalls ausgeweitet werden.

**7.** Die USA haben bislang entgegen allen Unterstellungen sowohl auf die Terror-Attacken des 11. September, wie auch in der Irak-Frage keinen Alleingang unternommen, sondern besonnen und in enger Abstimmung mit den Partnern gehandelt, sich in ein multilaterales Vorgehen einbinden lassen und den Weg über die Vereinten Nationen eingeschlagen. Es besteht kein Zweifel, dass sie auch in Zukunft verantwortungsbewusst und entschlossen vorgehen werden.

Es ist daher nicht hinnehmbar, dass aus der Regierungskoalition teilweise immer noch – wie schon im Wahlkampf 2002 – der Eindruck erweckt wird, als ginge die Bedrohung unserer Sicherheit nicht von Massenvernichtungswaffen in den Händen von Saddam Hussein und seinen ständigen Verstößen gegen die UN-Resolutionen aus, sondern von den USA.

**8.** Die Frage, ob eine neuerliche Resolution nötig sein wird, wird der Sicherheitsrat zu entscheiden haben, wenn die Inspektoren ihren Bericht abgeben. Sollte der Sicherheitsrat zu dem Ergebnis kommen, dass der Irak gegen Resolution 1441 verstoßen hat, wird er das weitere Procedere bestimmen. Eine zweite Resolution wäre wünschenswert, da sie zusätzliche Klarheit und Legitimation schaffen würde, ist aber völkerrechtlich nicht zwingend notwendig, da Resolution 1441 die Möglichkeit „ernster Konsequenzen“ nach einer neuerlichen Befassung des Sicherheitsrats bereits vorgegeben hat. Es ist bezeichnend, dass die Bundesregierung in dieser Frage mit verschiedenen Stimmen spricht.

**9.** Die Bundesregierung hat es in den letzten Monaten aus ideologischen Gründen sträflich versäumt, eine klare Haltung zu den Gefahren zu entwickeln, die offensichtlich von der Produktion und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ausgehen. Als Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss Deutschland zu diesen Fragen eine eindeutige und unmissverständliche Position einnehmen. Wir müssen gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten, ins-

besondere in enger Abstimmung und möglichst im Einklang mit den anderen EU-Partnern, die im Sicherheitsrat vertreten sind, alles tun, um den Gefahren wirksam zu begegnen, die von Massenvernichtungswaffen in den Händen diktatorischer Regime, wie des Iraks oder Nordkoreas, ausgehen.

**10.** Dies bedeutet, dass Deutschland bezüglich des Irak die entsprechenden Beschlüsse des Sicherheitsrats im vollen Umfang unterstützen muss. Dies gilt auch für die ernstesten Konsequenzen, die dem Irak bei Zuwiderhandlung gegen Resolution 1441 angedroht werden. Dabei findet unsere konkrete Unterstützung ihre Grenzen in den Möglichkeiten und Kapazitäten, über die wir verfügen. Insofern steht eine **Entsendung deutscher Kampftruppen in den Irak ohnehin nicht zur Debatte und wurde auch von niemandem angefragt.** Deutschland sollte sich aber mit den Maßnahmen beteiligen, die die Bundesregierung zum einen bereits größtenteils zugesagt hat (Überflugrechte und Nutzung von US-Militärbasen durch die amerikanischen Streitkräfte, Schutz von US-Einrichtungen durch Bundeswehrsoldaten, Beteiligung deutscher Soldaten an AWACS, Überlassung von Flugabwehrraketen an Israel, etc.). Zum anderen sollten auf Ersuchen in einer Notlage auch unsere in Kuwait stationierten ABC-Abwehreinheiten ebenso zur Verfügung stehen wie Sanitäts-Kapazitäten. Dabei ist es unabdingbar, dass die verfassungsmäßigen Rechte des Bundestags in jeder Situation gewahrt werden.

## Evangelisches Leserforum

**Reinhard Rittner (Hg.)  
In Christus berufen.  
Amt und allgemeines  
Priestertum in lutherischer  
Perspektive.**

**Lutherisches Verlagshaus,  
Hannover 2001,  
180 Seiten, 15,90 Euro,  
ISBN: 3-7859-0843-1**

Die beiden großen Kirchen sind einander ähnlich geworden. Viele Menschen sehen keinen Unterschied mehr zwischen einem katholischen Priester und einem evangelischen Pfarrer. Umso stärker wächst der Wunsch, dass die beiden Konfessionen auch organisatorisch eins werden.

Es ist nur schwer verständlich, dass die Einigungsbemühungen gerade an der theologischen Deutung des Amtes immer wieder scheitern. Die katholische Kirche hat sich darauf festgelegt, dass jeder Amtsträger durch einen Bischof geweiht werden muss, der seinerseits in einer lückenlosen Kette von Bischofsweihen steht, die bis zu den Aposteln hinaufreicht. Da ihm diese Weihe fehlt, bleibt der evangelische Pfarrer – trotz bester Ausbildung, ordnungsgemäßer Berufung und gleicher Tätigkeit – für katholisches Urteil nur ein Laie, der unfähig ist, das Sakrament des Abendmahles zu verwalten. Obwohl dieser behauptete Mangel nur aus der Kirchengeschichte des 3. Jahrhunderts, nicht aber aus der Bibel begründbar ist, gilt er als so gewichtig, dass der Vatikan den Evangelischen die Bezeichnung „Kirche“ verweigert und

ihnen nur gerade noch den Status einer „Kirchlichen Gemeinschaft“ zugesteht.

Vor diesem Hintergrund ist der Sammelband über die lutherische Lehre vom kirchlichen Amt zu sehen. In



den letzten 150 Jahren kam im Luthertum immer wieder die Neigung auf, sich aus gut gemeinter ökumenischer Versöhnlichkeit den katholischen Normen zu beugen. Erfreulicherweise ist dies in den vorgelegten Beiträgen nicht der Fall.

Das Buch wird bestimmt durch den eröffnenden Aufsatz des Mainzer Systematikers **Friedrich Beißer**: „Das geistliche Amt“. Das Amt ist weder eine spezielle Stiftung im römisch-katholischen Sinn, noch eine Delegation durch die Gemeinde.

Vielmehr: „Das geistliche Amt selbst besteht in Gottes Evangelium“. Das Evangelium muss ausgebreitet werden. Dies kann sowohl durch die einzelnen Christen kraft des allgemeinen Priestertums der Gläubigen, als auch durch das öffentliche geistliche Amt geschehen. Insofern sind beide gleichursprünglich.

Die anderen Verfasser nehmen zu dieser These Stellung. **Martin Meiser** (Erlangen) überprüft sie am Neuen Testament, **Gudrun Neebe** (Kassel) an Luthers Äußerungen und an den Bekenntnisschriften. **Notker Slenczka** (Systematiker in Mainz) beleuchtet einen charakteristischen Ausschnitt aus der Diskussion des 19. Jahrhunderts, deren Nachwirkungen positiv und negativ bis heute spürbar sind. **Gunther Wenz** (Systematiker in München) entwickelt aus einer Analyse der lutherischen Bekenntnisschriften eine eigene Konzeption des kirchlichen Amtes. Er vermeidet die direkte Ableitung des ordinierten Amtes aus dem allgemeinen Priestertum der Gläubigen und ersetzt sie durch eine ursprüngliche Wechselwirkung.

Eine gewisse Sonderstellung nimmt der Beitrag von **Andreas Flade** (Oberkirchenrat

Evangelischer Arbeitskreis  
der CDU Thüringen



## Einladung

18. März 2003 um 19.00 Uhr  
im Hotel „Zur Noll“, Oberlauengasse 19, Jena  
„Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“  
Dieter Althaus, CDU-Landesvorsitzender und  
CDU-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag

in Schwerin) ein: Er fasst die Erfahrungen zusammen, die sich bei der Amtsfrage unter den Lebensbedingungen der evangelischen Kirche in der ehemaligen DDR angesammelt haben. Lehrreich ist besonders, welche tiefen Spuren die staatliche Repression in das Selbstverständnis der Kirche eingegraben hat. Die besonderen Arbeitsbedingungen der Kirche brachten es mit sich, dass die pastoralen und katechetischen Aufgaben sich nicht mehr trennen ließen, so dass die herkömmlichen Berufsbilder unscharf wurden.

Für Theologen bietet die Lektüre manchen historischen oder systematischen Leckerbissen. Nichttheologen mögen sich vielleicht über die komplizierten Gedankengänge wundern, mit welchen sich die Fachleute herumzuschlagen haben. Man darf jedoch nicht vergessen, dass alle innerevangelischen Darstellungen der Lehre vom kirchlichen Amt immer auch kirchenpolitische Konsequenzen haben können. Dessen sind sich die Autoren bewusst. Sie argumentieren dabei nicht direkt gegen die katholische Position, sondern verankern ihre Auffassung in der Bibel. Dies ist sachgemäß, denn auch in Rom wird sich die Bibel als Maßstab für die Lehre vom Amt – ähnlich wie 1999 bei der Rechtfertigungslehre – irgendwann einmal durchsetzen. Die Veröffentlichung bietet dazu einen Vorschlag, der – wie der **Herausgeber Reinhard Rittner** (Oldenburg) schreibt – „die alten Kontroversen um Amt und allgemeines Priestertum mit einem kaum beachteten Ansatz weiterführen könnte“.

Rolf Schäfer  
(OKR i. R. Oldenburg)

## Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

als neuer Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und Nachfolger von Herrn Dr. Bernhard Felmborg grüße ich Sie herzlich und möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Christian Meißner und ich stamme – wie mein Vorgänger – aus Berlin. Ich habe in Berlin, Erlangen und Heidelberg Evangelische Theologie, Philosophie und Klassische Philologie studiert und bin Pastor der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Ich bin 34 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder im Alter von einem und vier Jahren.

Meine Tätigkeitsfelder in den letzten Jahren waren neben meiner ehrenamtlichen Gemeindetätigkeit der Religionsunterricht an zwei Berliner Schulen, die Seelsorge im Krankenhaus (Teupitz/Brandenburgische Landesklinik) und die Publizistik. Die Erfahrungen und Einsichten, die ich in diesen unterschiedlichen Dienstbereichen im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft sammeln konnte, haben auch mein Interesse am gesamtgesellschaftspolitischen Bereich geprägt. Den diesbezüglichen Beitrag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU habe ich bereits in den zurückliegenden zwei Jahren mit großem Interesse und innerer Anteilnahme verfolgt. Es ist mir nun eine besondere Freude, daran mitwirken zu können, dass das erreichte Niveau und die stetig wachsende Wertschätzung der Tätigkeit des EAK weiterhin befördert werden!

Mehr denn je kommt es m. E. darauf an, dass sich der Protestantismus auf seine ureigensten Wurzeln besinnt, und dass er, aus der Kraft des Evangeliums heraus und dem Worte Gottes gemäß, lebenswerte und menschenwürdige Zukunft in unse-

rem Land verantwortlich mitgestaltet. Nur so wird auch unsere Evangelische Kirche eine Zukunft in der Gesellschaft haben, wenn sie selbst nicht der Versuchung erliegt, sich neben ihrer eigentlichen Verpflichtung dem Worte gegenüber noch anderweitig, d. h. von anderen diversen Strömungen, Ideologien und Zeitgeistern, in die Pflicht nehmen zu lassen!

Gerade hier ist das kritisch begleitende Engagement des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU und mit ihm dasjenige aller evangelischen Christinnen und Christen in der Union gefragt und unverzichtbar. Lassen Sie uns gemeinsam an dem Ziel weiterarbeiten, dass Politik und Protestantismus in der CDU/CSU eine glaubwürdige, dauerhafte und verlässliche Verbindung behalten, und zwar sowohl zum Wohle unserer Kirche als auch unseres Landes! Unterstützen Sie bitte weiterhin die Arbeit des EAK!

Ich freue mich auf Sie!

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin,

Ihr

Christian Meißner  
(Bundesgeschäftsführer des EAK)



## Aus unserer Arbeit

### ■ Niedersachsen- EAK zur Zukunft der ev. Kirche „Evangelische Kirche(n) morgen – Auftrag, Identität und Struktur“

**Hermannsburg.** Zum 22. EAK-Wochenendseminar kamen neben 100 Teilnehmern nicht nur die Referenten aus dem Raum der ev. Kirchen, sondern es hatte die Kirche selbst zum Thema. Die zurzeit laufende EKD-Strukturdebatte wurde durch eine Podiumsdiskussion am Freitagabend in der ältesten deutschen Heimvolkshochschule aufgenommen. Synodale, Stimmen aus der Gemeinde, aus der reformierten Kirche, aus der SELK u. a. sorgten unter der geschickten Leitung des Schulleiters **Jürgen Schneider** für ein buntes Meinungsspektrum und eine sachkundige Einführung in komplizierte Zusammenhänge.

Hauptreferenten am Sonntagabend waren der Präsident des Landeskirchenamtes der Hannoverschen Lan-

deskirche, **Dr. Eckhart von Vietinghoff**, und der Leitende Bischof der VELKD, **Dr. Hans Christian Knuth**, Schleswig. Während Ersterer mit Hinweis auf die völlig veränderten Bedingungen gegenüber 1948 „eine evangelische Stimme“ für die 24 EKD-Kirchen in Deutschland, die Zusammenführung aller Gemeinschaftsaufgaben unter das Dach der EKD und den Wegfall der VELKD mit ihren eigenständigen Institutionen forderte, plädierte Bischof Knuth für die Beibehaltung der bekenntnisbestimmten VELKD und ihrer profilierten Arbeitsmöglichkeiten, deren Effektivität von Vietinghoff hinterfragte. Er bot dafür Bekenntniskonvente innerhalb der EKD-Synode und der Kirchenkonferenz an und meinte, theologisch sei man viel weiter als strukturell.

Bischof Knuth betonte dagegen, „Leuenberg“ habe die unterschiedlichen Bekenntnisbindungen der lutherischen, reformierten und unierten Kirchen in Deutschland nicht etwa aufgehoben, wohl aber ihre trennende Wirkung

für die Kirchengemeinschaft überwunden und zur „versöhnten Verschiedenheit“ geführt. Kirche im institutionell-rechtlichen Sinne setze aber die Einheit des Bekenntnisses voraus. Im Übrigen seien auch die ökumenischen Kontakte überwiegend bekenntnisbestimmt (Luth. Weltbund, Reformierter Weltbund etc.).

Ob die vorgeschlagene EKD-Reform tatsächlich Einsparungen ermögliche, blieb in der lebhaften Diskussion offen. Vor allem gingen die Meinungen darüber auseinander, ob unsere Kirchen einen Verlust an missionarischer Kraft und an Identität erleiden, wenn die Strukturvorschläge umgesetzt werden sollten. Der VELKD-Bischof beruhigte die Skeptiker, indem er auf die eindeutige Beschlusslage der VELKD verwies, die eine Auflösung ausschließe.

EAK-Landesvorsitzender **Hans Bookmeyer MdL** dankte beiden Kirchenvertretern für ihren engagierten Einsatz und konnte am späten Nachmittag noch seinen nordrhein-westfä-

lischen Kollegen **Thomas Rachel MdB** begrüßen. Der Obmann für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschrieb seine Sicht der Beziehung zwischen Kirche und Politik. Eine christliche Politik gebe es nicht und die Orientierung einer politischen Lösung an christlichen Grundwerten führe nicht zu einem einzigen Ergebnis, das dann als christlich gelten könne. „Das C ist kein Gütesiegel. Es ist Herausforderung und Chance und ein Anspruch, an dem wir unser Handeln messen wollen“, erklärte Rachel.

Als größte Herausforderung für die Politik bezeichnete er das Thema Familie. „Keine Gesellschaft kann als Single-Gesellschaft überleben, schon aus demografischen Gründen nicht“, meinte er hierzu. Alles, was den hervorgehobenen Status der Familie beeinträchtigen könnte, lehne die Union daher ab. Klare Vorgaben durch die Kirche sieht Rachel für den Bereich der Bio- und Gentechnologie, wo er ein Verbot des reproduktiven und therapeutischen Klonens forderte, bei



Seit Dezember 2002 haben insgesamt 185 Leserinnen und Leser **5.976,18 Euro** für die Evangelische Verantwortung gespendet. **Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.**

### Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

**Konto:** Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

**Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:** Internet: [www.evangelischer-arbeitskreis.de](http://www.evangelischer-arbeitskreis.de)

Bitte schreiben Sie auf dem Überweisungsträger deutlich Ihren Namen und Ihre Adresse. Sie erleichtern damit Frau Scheel die Bearbeitung. Herzlichen Dank!

der Sterbehilfe, die die CDU ablehnt, sowie in der Friedenspolitik.

Am Sonntag nach dem Gottesdienst gewährte der Partnerschaftsreferent des Ev.-luth. Missionswerkes in Hermannsburg, Bernd Jacobs, den Teilnehmern einen „Blick über den Zaun“, nämlich auf die Partnerkirchen des Werkes im südlichen Afrika. Er mahnte mehr „Produktstolz“ der evangelischen Christen an.

Bei dieser jährlichen EAK-Tagung kommt auch der gesellige Teil nicht zu kurz. Der „Abend am Kamin“ bot dabei noch Platz für einen Bericht aus der Bundesgeschäftsstelle, den die Referentin **Silke Adam** interessant und informativ gab. Und auch der neue Bundesgeschäftsführer **Christian Meißner** stellte sich kurz vor seinem Dienstbeginn den Niedersachsen schon einmal vor und nahm deren beste Wünsche für eine weiterhin erfolgreiche EAK-Arbeit mit an die Spree.

#### ■ Bildung – wohin?

**St. Afra Klosterhof/Meißen.** Das schon traditionelle Seminar des EAK-Landesverbandes Sachsen hatte zu Beginn des neuen Jahres die Bildungsdiskussion zum Inhalt, welche seit der Veröffentlichung der PISA-Studie neue Aktualität besitzt. Neben dem Bildungsauftrag der Eltern und der Schulen, wurden Probleme der Erziehung und Wissensvermittlung beleuchtet.

Kultusminister **Prof. Jan-Hendrik Oibertz**, Sachsen-Anhalt, formulierte den Bildungsauftrag durch die

Zielsetzung, verantwortungsbewusst handelnde Menschen heranzubilden, die methodisch hochgerüstet ihr Wissen ständig aktualisieren, und die zu menschlich verantwortlichem Handeln befähigt



Dr. Hans Geisler überreicht Oberlandeskirchenrat Harald Bretschneider einen Kalender, der an die auf besonderes Verlangen der SED-Partei- und Staatsführung abgerissene evangelische Kirche „St. Sophien“ in Dresden erinnert.

sind. Mit dem pädagogischen Leiter des St.-Benno-Gymnasiums Dresden, **Jürgen Leide**, beschrieb ein Praktiker die besondere Bedeutung der Erziehung zu charakterfesten und verantwortungsbewussten Menschen und forderte einen Handlungsspielraum im Lehrplan, der es ermögliche, selbst gewählte Freizeitbeschäftigung in weitestem Sinne unter pädagogischer Anleitung und Angebote in christlicher Religion anzubieten.

Eine interessante Facette lieferte der Vater der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“, Oberlandeskirchenrat

**Harald Bretschneider** aus Dresden. Er sprach über den protestantischen Beitrag zur Bildung in Deutschland, der sich eben nicht im protestantischen Pfarrhaus erschöpft, sondern die Demokratie und Kultur in Europa

parteilnehmer auch ihre eigenen Eindrücke schildern.

#### ■ Steht Deutschland kurz vor einem Pflege-Notstand?

**Nordhorn.** Auf der gemeinsamen Veranstaltung des EAK Grafschaft Bentheim mit der CDA zum Thema Pflegenotstand wies der EAK-Vorsitzende **Ewald Mülstegen** in seiner Einführung auf die Aktualität und die Vielschichtigkeit des Themas hin und zeigte auch Verbindungen zum Thema Sterbehilfe auf, das im letzten Jahr großes Interesse gefunden hatte. Da sowohl die Ausbildung der Pflegekräfte als auch der Stellenmarkt thematisiert wurde, nahmen an der Podiumsdiskussion eine Pflegedienstleiterin, die Leiterin einer Fachschule für Altenpflege, der stellv. Leiter des Arbeitsamtes Nordhorn und für die Politik **Friedrich Kethorn MdL**, CDU-Landtagskandidat **Reinhold Hilbers** und **Dr. Hermann Kues MdB** teil. Alle waren sich darin einig, dass das Thema Pflegenotstand den alten Menschen Angst mache und tatsächlich nicht genügend Stellen in Pflegeeinrichtungen vorhanden seien. Aus politischer Sicht übten Kethorn und Hilbers Kritik an dem großen bürokratischen Anteil der Arbeit durch die Dokumentation der Pflege; diese Zeit fehle für die Arbeit an den Pflegebedürftigen. Dr. Kues warnte aber davor, „die Pflege kaputt zu reden“; seiner Ansicht nach sei die Pflege trotz der Schwachstellen, über die geredet werden müsse, noch nicht in einer verheerenden Situation.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmborg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 10050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach  
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931



„Wir wissen, dass Gott bei denen, die ihn lieben, alles zum Guten führt“ (Röm. 8, 28)

Von so genannten „Synergien“ sprechen wir gemeinhin, wenn verschiedene Kräfte bzw. Faktoren aufs Günstigste miteinander in Verbindung stehen und einander helfend ergänzen. Das gilt allzumal für unser Glaubensleben! Häufig sind wir überrascht, wenn wir erkennen, wie im Lichte des Evangeliums so manche Dinge und Bereiche in unserem Leben ineinander greifen und zusammenwirken, und zwar in einer Weise, wie wir es zuvor gar nicht erwartet hätten. So manches Teil fügt sich da zum anderen, unerwartet und gnadenhaft, in einem Moment der Zeit, und plötzlich ergeben die verstreut geglaubten Puzzlestücke unserer Existenz ein Ganzes, lassen alles plötzlich in einem unverhofft neuen Bild erstehen!

Von einer „Synergie“ der ganz besonderen Art kündigt der Apostel Paulus: Als Christen dürfen wir wissen, dass denen, die Gott lieben, alles zum Guten gereicht. Das griechische Wort an dieser Stelle, „synergiein“, bedeutet hier präzise: „zu etwas verhelfen, helfen, gereichen“. Wer aus der lebendigen Hoffnung des Glaubens heraus auf Gott harret, und sein Kommen herbeisehnt, wer alles andere hinter sich lässt, nur um sein Reich zu gewinnen, der ist zwar mitnichten der Widrigkeiten des Irdischen einfach enthoben, dafür aber – inmitten alles womöglich Leidvollen und Hinderlichen dieser Welt – zur wahren Zuversicht befreit.

Frei ist allein der Glaubende, weil er in der Liebe zu Gott das Vorletzte vom Letzten zu unterscheiden vermag: Wenn die Richtung unseres Lebens den Kurs auf Gott hin beibehält, und wir uns nicht beirren lassen auf diesem Wege, dann haben wir wirklich freie Fahrt. Wir können dann das Wesentliche vom Unwesentlichen, das Kostbare vom Wertlosen, das Erträgliche vom Unerträglichem unterscheiden. Eben genau so, wie Gott es schickt!

Auch in den Situationen der Anfechtung und des schweren Leids können wir uns als Christen, die wir uns in Gott geborgen wissen, darauf verlassen, dass uns letztlich nichts verloren geht, sondern vielmehr alles zuteil werden wird. Wie heißt es doch so schön in Mahlers Auferstehungssymphonie: „O glaube, mein Herz, o glaube: Es geht dir nichts verloren! Dein ist, ja dein, was du gesehnt, Dein, was du geliebt, was du gestritten! O glaube: Du wardst nicht umsonst geboren! Hast nicht umsonst gelebt, gelitten! Was entstanden ist, das muss vergehen! Was vergangen, auferstehen!“

Meißner

#### Unsere Autoren:

Dagmar Wöhrl MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Bischof Dr. Martin Hein  
Evangelische Kirche  
von Kurhessen-Waldeck  
Burgfeldstraße 14  
34131 Kassel

Thomas Rachel MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Prof. Dr. Rolf Schäfer  
Würzburger Straße 37  
26121 Oldenburg

Bibel TV  
Henning Röhl  
Rothenbaumchaussee 197  
20149 Hamburg